

Nr. **XIX. GP-NR**
1467 /J
1995-06-23

A N F R A G E

der Abgeordneten Apfelbeck, DI Hofmann, Madl, Mentil
und Kollegen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend

Leben im Verbund – wie die Made im Speck

In den Jahren 1992 und 1993 prüfte der Rechnungshof fünf Sondergesellschaften des mehrheitlich in Staatsbesitz befindlichen Verbund-Konzerns.

Dabei wurden tiefe Einblicke in "geschützte Bereiche" möglich, in welchen sich die – gottlob in Österreich allmählich seltener werdende – Spezies der "Privilegienritter" in einer von äußeren Einflüssen weitgehend unberührten Form erhalten zu haben scheint.

Ein besonders beeindruckendes Beispiel hierfür stellen die Donaukraftwerke dar.

Der durchschnittliche Jahresbezug der etwa 1.000 dort beschäftigten Mitarbeiter liegt bei rund ÖS 570.000.--, dies entspricht einem Brutto-Monatseinkommen von fast ÖS 41.000.-- und liegt damit um 70% über dem Durchschnittseinkommen der in der österreichischen Industrie Beschäftigten.

Rund 250 Dienstnehmer, also ein Viertel aller Beschäftigten, wird in "leitenden Positionen" verwendet, das heißt schlicht: jeder 4. Mitarbeiter der Donaukraftwerke darf sich als "kleiner Manager" betrachten und wird wohl auch dementsprechend entlohnt.

Ungern verzichtet man im traditionsbewußten Vorstand der Donaukraftwerke auf liebgewordene Gewohnheiten. So ist es nur zu verständlich, daß die nüchterne Tatsache, weniger Kraftwerke gebaut zu haben, zu keinem Verlust der allseits geschätzten sogenannten "Bauprämie" führen durfte. Man behalf sich, indem man einfach 20% eines Monatsgehaltens als Sonderzahlung zusätzlich kassierte.

Der Leitspruch "Blinder Eifer schadet nur" scheint hingegen bei den Donaukraftwerken allgemeiner Konsens zu sein, daher werken auch die Mitarbeiter der Hauptverwaltung bloß 160 Tage im Jahr (und liegen damit um ein Viertel unter der zu erwartenden Arbeitszeit), sicherheitshalber gönnt man sich im Interesse einer ausgezeichneten körperlichen Konstitution gleich 18 Krankenstandstage jährlich, wohl auch, um sich von den Strapazen der anstrengenden, aber offensichtlich dennoch allseits beliebten Dienstreisen (26 Arbeitstage pro Jahr, bezahlt natürlich von den Donaukraftwerken) gründlich erholen zu können.

Um den Mitarbeitern trotz der "bescheidenen" Löhne und Gehälter einen halbwegs vorzeigbaren Lebensstandard sichern zu können, läßt sich das Unternehmen wahrlich nicht lumpen: Unter dem Titel "Freiwilliger Sozialaufwand" werden großzügig 167 Millionen

Schilling locker gemacht, Dienstwagen und Dienstwohnungen gewähren dem fleißigen "Donaukraftler" zusätzliche Entlastung von den Mühen des Alltags.

Zu beweisen, daß man sich nicht ohne Mitnahme ausreichender Wegzehrung aus diesem Schlaraffenland zurückziehen braucht, blieb Donaukraft-Vorstand Hansjörg Tengg vorbehalten. Sein Abschied vom Unternehmen wurde ihm mit ÖS 6 Mio. versüßt.

Der Rechnungshof fand die geschilderten Verhältnisse bei den Donaukraftwerken jedenfalls gar nicht lustig und forderte sofortige und umfassende Maßnahmen zur Trockenlegung dieses Sumpfes.

Um Auskunft über die Umsetzung der geplanten Restrukturierungen zu erhalten, richten daher die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e

1. Was haben Sie unternommen, um die bei den Sondergesellschaften des Verbunds offensichtlich bestehenden Privilegien zu beseitigen?
2. Der Rechnungshof forderte die Donaukraftwerke auf, den Mitarbeiterstand um 25% zu reduzieren.
Wie weit wurde diesem Wunsch des Rechnungshofes inzwischen entsprochen?
3. Wie entwickelte sich der Personalstand in den Unternehmen des Verbunds in den Jahren 1985 bis 1995?
4. Welche Maßnahmen haben Sie getroffen, um in Hinkunft für ein effizienteres Wirtschaften in den Sondergesellschaften des Verbunds zu sorgen?
5. Welche Kosten entstanden den Donaukraftwerken durch die Auflösung des Vertrages mit Vorstand Hansjörg Tengg?
6. Gibt es weitere Manager, denen Millionenaufwertungen bei einem Ausscheiden aus den Donaukraftwerken bzw. dem Verbund winken und wenn ja, mit wievielen Managern wurden solche Verträge abgeschlossen?
7. Halten Sie Anträge des Verbunds auf Strompreiserhöhungen angesichts der in den Sondergesellschaften herrschenden Zustände für vertretbar?
8. Wie weit sind die Vorbereitungen für eine mehrheitliche Privatisierung des Verbund-Konzerns bereits gediehen und wann ist mit der mehrheitlichen Privatisierung zu rechnen?

9. Gibt es Ihrer Ansicht nach in Österreich Überkapazitäten in der Stromerzeugung?
10. Halten Sie die Errichtung weiterer Kraftwerke in Österreich bis zur Jahrtausendwende für notwendig und wenn ja, welche konkreten Projekte mit welchen Leistungskapazitäten sollen verwirklicht werden?